

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1.35,
ausserhalb desselben M. 1.35,
hievu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Veröffentlichungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garmondzelle.
Kontinuum 15 Pfg. die
Pettzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Kontinuum.
Fremdenliste
nach Uebereinkunft.
Telegraph-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 17.

Freitag, den 22. Januar

1909.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Jan.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 11/2 Uhr. Das Haus ist sehr schwach besetzt. Auf der Tagesordnung steht der sozialdemokratische Antrag betr. die

reichsgefesliche Regelung des Arbeitsvertrags der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des landwirtschaftlichen Gesindes.

Abg. Stadthagen (Soz.) begründet den Antrag und führt aus, die Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter und des Gesindes kommen einer vollkommenen Rechtlosigkeit gleich. Es müssen aufgehoben werden alle landesgesetzlichen Vorschriften, welche Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter oder gegen das Gesinde wegen Nichtertritts oder wegen Verlassens des Arbeitsverhältnisses enthalten. Es muß ihnen das Koalitionsrecht gewährt werden. Eine reichsgefesliche Krankenversicherung muß für sie eingeführt und schließlich ihre gefesliche Gleichberechtigung gesichert werden. Die Dauer und Art der Arbeit ist so zu regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter verlangen.

Abg. Kleve (natl.): Dieser ganze Antrag ist nichts als eine agitatorische Maßnahme der Sozialdemokratie. Niemand habe ein größeres Bedürfnis im Frieden mit seinen Arbeitern zu leben, als der Landwirt, der von morgens bis abends mit ihnen zusammen sei. Die Gesindeordnung steht fast nur noch auf dem Papier. Sie ist daher ungefährlich, wenn sie auch an sich reformbedürftig sein mag. Den ländlichen Arbeitern steht kein Gesetz im Weg, sich zum Zweck der Erlangung besserer Bedingungen zu koalieren. Das patriarchalische Verhältnis muß von beiden Seiten, von Arbeitern und Arbeitgebern, gepflegt werden. Durchbrechen die Arbeitnehmer es im Sommer und Herbst durch einen Streik, so darf man sich nicht wundern, wenn bei den Arbeitgebern im Winter die Reaktion eintritt. Die Bedingungen der ländlichen Arbeiter, besonders ihrer Wohnungsverhältnisse, werden ständig besser. Eine Festsetzung der täglichen Arbeitszeit ist für die ländlichen Arbeiter ganz unmöglich. Das liegt in der Natur der Sache. Für durchführbar halten wir die Reform der Gesindeordnung und die Krankenversicherung.

Die Frage der Koalitionsfreiheit ist noch nicht spruchreif.

Abg. Graf Wielzynski (Pole): Wir treten dem sozialdemokratischen Antrag uneingeschränkt bei, um die ländlichen Arbeiter mit den industriellen gleichzustellen.

Abg. Stauffer (Wirtsch. Bgg.): Die Sozialdemokratie beabsichtigt mit der Vorlage nichts, als in die bisher für sie unerreichbare ländliche Arbeiterschaft einzudringen. Die Streikmöglichkeit darf nicht auf das Land verpflanzt werden. Wohin würde es führen, wenn z. B. mitten in der Erntezeit die Arbeit eingestellt würde, oder um Berlin alle Weiler in den Streik eintreten? Tausende kleiner Kinder würden dadurch schwerer Lebensgefahr ausgesetzt. Eine reichsgefesliche Regelung im Sinne des Antrages halten wir für ausgeschlossen. Dagegen sollten die Einzelstaaten zur obligatorischen Krankenversicherung gezwungen werden.

Abg. Gothein (Frl. Bgg.): Wir begrüßen den Antrag sympathisch. Solange die landwirtschaftlichen Arbeiter rechtlich schlechter gestellt sind als die gewerblichen, wird über Leutenot zu klagen sein. Der Redner wünscht dann Koalitionsfreiheit der ländlichen Arbeiter. Gewerkschaftliche Organisationen und Tarifverträge könnten das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur verbessern. Er beantrage Ueberweisung des Antrags an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Dr. Hahn (B. d. L.) polemisiert gegen Gothein. Der Freisinn, der heute für Koalitionsfreiheit eintrete, habe feinerzeit gegen die Koalition der Seeleute gestimmt. Die enormen Summen der Invaliditäts- und Altersversicherung sollen für gute Arbeiterwohnungen verwendet und das patriarchalische Verhältnis auf dem Lande gepflegt werden. Den Gedanken der Krankenversicherung begrüßen wir, sie wird aber vorläufig den Einzelstaaten zu überlassen sein.

Abg. Höffel (Rp.): Wir wollen, daß allen Arbeitern das gleiche Recht gewährt wird. Das Koalitionsrecht wäre jetzt für die Arbeitnehmer ein Danaergeschenk sondergleichen.

Abg. Herold (Jtt.) wünscht eine gleichmäßige Behandlung des Kontraktbruchs seitens ländlicher und gewerblicher Arbeiter. Das Koalitionsrecht sollte auch den landwirtschaftlichen Arbeitern zustehen. Der reichsgefeslichen Krankenversicherung stehen wir sympathisch gegenüber. Auch ohne gefesliche Regelung wird hinsichtlich der Einführung eines Maximalarbeitstages mit der Zeit

eine Besserung eintreten. Die Strafbestimmungen über Kontraktbruch sollten endlich aufgehoben werden.

Morgen 1 Uhr Interpellation der Sozialdemokraten und Polen betr. Anwendung des Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Württembergischer Landtag.

Kammer der Abgeordneten.

Stuttgart, 20. Jan.

Bei der heutigen Weiterberatung

der Interpellationen betr. die Gas-, Elektrizitäts- und Weinsteuer

wurde von den völksparteilichen Abgeordneten August Bey, Käst und Schmid-Befigheim folgender Antrag eingebracht:

Die Zweite Kammer gibt, abweichend von der Auffassung der R. Staatsregierung, der Ansicht Ausdruck,

1. daß die von der Reichsregierung dem Reichstag vorgeschlagene Gas- und Elektrizitätssteuer eine zu verwerfend schwere Beeinträchtigung des Mittelstandes und der Gemeinden bedeutet,

2. daß die von der Reichsregierung dem Reichstag vorgeschlagene Flaschenweinsteuer eine die weinbaureisenden Gegenden des Reichs und damit auch Württemberg einseitig treffende und schon deshalb zu verwerfend Belastung darstellt, außerdem aber auch noch die Gefahr der Entwicklung zu einer allgemeinen Reichsweinsteuer in sich trägt, die mit den Interessen Württembergs unvereinbar und mit den Württemberg bei Gründung des Reichs gegebenen Zusagen unvereinbar wäre.

Die Zweite Kammer spricht daher die Hoffnung aus, daß der Reichstag den genannten Steuern die Zustimmung verweigern werde.

Fischer (Soz.): Die Reichsfinanzreform sei nicht umgeschickt gemacht. Jede Partei finde etwas darin, was für sie annehmbar sei. Die Frage sei nur, ob das deutsche Volk gut dabei fahre. Redner wendet sich sodann im einzelnen gegen die Gas- u. Elektrizitätssteuer und hebt die Ausdehnung der Verwendung elektrischer Kraft hervor. Die Steuer bedeute die Vernichtung der Möglichkeit der weiteren Ausdehnung der elektrischen Kraft auf dem Lande. Deshalb habe die Volkvertretung die Pflicht, sich mit Nachdruck gegen diese Steuern zu wenden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es heißt die schöne Tugend der Duldsamkeit zu weit treiben, wenn man Unuldamsame unter sich duldet. Chamfort.

74) Schuldig oder nichtschuldig?

Roman nach G. M. Braeme von E. Felling. (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„So hältst du sie also für schuldig?“ fand sie den Mut, weiter zu fragen.
„Ja?“ entgegnete er. „Gewiß tue ich das. Ich habe nie irgend einen Zweifel daran gesetzt. Gleichzeitig aber war ich, obgleich ich von ihrer Schuld fest überzeugt war, doch herzlich froh, als das Gericht diesen Spruch fällte. Meiner Ansicht nach bedeutet es eine Schmach für die menschliche Natur, wollte man eine Frau hängen. So fühlte ich mich erleichtert bei dem Gedanken, daß sie dem entronnen war.“

Sie hätte seine Hände erfassen und mit Küßen und Tränen bedecken mögen für diese seine gütigen Worte. Ihr Herz schlug in heißer Dankbarkeit für ihn.

„Woraus erfahren die Menschen denn, daß sie schuldig war?“ fragte sie weiter, die inzwischen die völlige Herrschaft über ihre Stimme wiedererlangt hatte.

„Ihr Gatte selbst klagte sie in seiner Todesstunde der Tat an“, erklärte Lord Arden. „Er rief laut, daß sie ihm das Gift beigebracht hätte. Sonst bin ich stets der Meinung, wie ich schon äußerte, daß es besser ist, solche Kriminalfälle nicht zu studieren; denn es zeugt keineswegs von gutem Geschmack; aber diesen mußte auch ich wegen seines romantischen Inhalts lesen. Du findest übrigens die ganze Verhandlung hier in diesen Mäthern unter dem Titel: Das Geheimnis von Golde-Fell.“

Sie nahm die Zeitungen aus seinen Händen, diesmal ohne jedes Zittern; denn das alte, leidenschaftliche Gefühl der Entrüstung stieg wieder in ihr auf, — der heiße

Born gegen die grausame Welt, die sie so fälschlich angeklagt und verdammt hatte.

„Und doch ist sie vielleicht unschuldig gewesen“, jagte sie, nachdem sie zum Schein die Verhandlung gelesen hatte.

„Das halte ich für ausgeschlossen“, entgegnete er. „Sterbende geben keinen so rasch des Verbrechens. Ihr Gatte liebte sie viel zu sehr und hätte sie gewiß nicht umsonst angeklagt. Ich habe nie etwas Rührenderes gelesen als die Geschichte ihrer Heirat.“

„Ach, wenn er wüßte! Großer Gott, wenn er alles wüßte!“

„Und doch trägt der Schein oft“, sagte sie mit leiser Stimme.

„In diesem Falle war reine Täuschung möglich“, antwortete ihr Gatte. „Als ich die Zeitungen Tag für Tag durchlas, sagte ich mir immer wieder: Da ist kein Zweifel, das ist eine geheimnisvolle Giftmischerin.“

„O, wie furchtbar!“ rief Alice aus. „Das ist zu furchtbar!“

„Dir erscheint das freilich so, mein Lieb“, fuhr er fort. „Was weißt du auch von den Sünden und Verbrechen einer bösen, verderbten Welt? Und solange meine Liebe dich schützend umgibt, sollst du auch nie etwas davon erfahren. Nein, Geliebte, sieh nicht so verzweifelt aus. Ich hätte dir gegenüber von diesem schrecklichen Fall gar nicht sprechen sollen. Du gehörst ja nicht derselben Sphäre an wie dieses Weib, meine Alice, du könntest solch eine Natur gar nicht verstehen!“

Er schloß ihre bebende Gestalt in seine Arme und küßte ihr holdes Gesicht.

„Mein Weib, — mein Lieb, mein Leben!“ sprach er zärtlich. „Deine Natur gleicht sogar nicht derjenigen dieser Frau! Du kennst kaum das Wort Sünde; du lebst ja auch nicht in der Welt, in der sie lebte!“

„Aber, Leo“, sagte sie mit zitternder Stimme und mit Augen, in denen ungeweihte Tränen standen, „du sagtest doch, sie wäre noch ein Kind gewesen. Ein schönes junges Kind —“

„Aber trotzdem eine Mörderin!“ vollendete er. „Ja“

glaube, alle stimmten darin überein, daß sie schuldig wäre, obwohl alle ein Gefühl der Erleichterung empfanden, als dann der Urteilspruch bekannt wurde, der sie wenn auch nicht schuldlos, so doch freisprach. Ich habe nie einen Zweifel an ihrer Schuld gehabt.“

Das Feuer im Kamin warf seinen rosigen Schein auf ihr schönes Gesicht und auf die weißen Hände, die sie, wie zum Gebet gefaltet, auf ihre wogende Brust drückte; es beschien ihr schweres Sammetkleid und den funkelnden Goldschmuck. Sie sah jaghaft zu ihm auf, als ob sie für einen andern etwas erbitten wolle.

„Ja, glaube, du verachtest gegen diese Arme zu hart, Leo“, sagte sie. „Du, der du sonst gegen die Frauen so gültig bist!“

„Wegen die Frauen, ja“, erwiderte der Graf, „aber eine Mörderin kann ich nicht mehr zum Geschlecht der Frauen zählen. Sie war schuldig, Alice! Der Himmel selbst bezeugte es ja gewissermaßen!“

„Anwiefern?“ fragte sie; und obgleich sein Arm sie fest umschlungen hielt, ging doch ein Beben durch ihre Gestalt.

„Ich möchte eigentlich wissen, warum wir diese elende Geschichte so eifrig besprechen“, meinte der Graf fremd. „Anwiefern, fragst du mich, Alice? Es herrscht unter dem Volk der alte Aberglaube, daß ein Schiff, auf dem sich ein Mörder befindet, unabwendbar dem Untergange geweiht ist. Diese Unglücksfelde nun — ihren Namen habe ich vergessen, — auch veränderte sie ihn sowohl und nahm einen falschen an — war an Bord eines Dampfers, der nach Newyork fuhr und der dann auch richtig unterging. Allgemein hieß es nun, die Strafe des Himmels habe sie erteilt, obgleich sie dem Strafgericht der Menschen entronnen wäre.“

„So fand sie also ihren Tod in den Wellen?“ seufzte Gräfin Arden.

„Ja“, antwortete der Graf, „sie ertrank mit allen, die auf dem Schiffe waren, und ihr Tod rief eine wahre Sensation hervor.“

(Fortsetzung folgt.)

Minister des Innern Dr. v. Fischer: Drei Einwände wolle er hauptsächlich auf das richtige Maß zurückführen: 1. daß die Steuer unsere Industrie besonders belasten würde, 2. daß unsere Landwirtschaft in unerfreulicher Weise gehindert werde und 3. daß die Gemeindevirtschaft empfindlich gestört und veräuert werde. Die Belastung der Elektrizitätssteuer würde für Württemberg 180 000 M. ausmachen. Allerdings habe der Stromverbrauch eine steigende Tendenz; aber der Stromverbrauch liege weit zurück hinter dem in den Industriezentren. Auf den letzteren werde immer die Hauptlast der Steuer liegen. Eine Abfindung der Steuer nach dem Produkt, wie sie Häfner gewünscht habe, würde gerade unsere Qualitätsindustrie treffen. Unsere verfahrenen Wasserkräfte seien leider nicht groß; es lassen sich höchstens noch 60 000 Pferdekkräfte gewinnen. Heute schon werde nur ein Drittel unserer Elektrizität durch Wasserkraft erzeugt.

Die Besprechung brachte alsdann zunächst eine Rede des sozialdemokratischen Abg. Fischer, der die Steuerprojekte auf Gas und Elektrizität, wie die Weinsteuer entschieden bekämpfte.

Es folgte hierauf Minister des Innern v. Fischer. Er legte ein umfangreiches Zahlenmaterial vor, aus dem er beweist, daß die Belastung des kleinen Landmanns und Gewerbetreibenden durch die Gas- und Elektrizitätssteuer nur eine minimale sei und daß von einer eigentlichen und fühlbaren Belastung nur bei den Großbetrieben (Bergwerken u. s. w.) gesprochen werden könne. Im ganzen genommen sei die Gas- und Elektrizitätssteuer, wenn sie auch eine sehr unerwünschte Steuer sei, doch an sich und von den württembergischen Interessen aus nicht unannehmbar, namentlich angesichts der absoluten Notwendigkeit, dem Reichsfinanzlande ein Ende zu bereiten.

Das Zentrum bringt sodann den Antrag ein:

Die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen, die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, in den weiteren Verhandlungen des Bundesrats über die Reichsfinanzreform nicht mehr für die Einführung einer Steuer auf Gas und Elektrizität eintreten zu wollen.

Guth (d. P.) sprach aus seinen Erfahrungen heraus (er ist Vorstand der großen Ueberlandzentrale Böblingen-Herrenberg) gegen die Elektrizitätssteuer. Wenn man draußen in der Kleinarbeit liege, dann wisse man erst, welche immensen Schwierigkeiten bestehen. Wenn die Steuer zustandekomme und damit zu den bestehenden Schwierigkeiten noch eine neue hinzutrete, so sei er wirklich in Sorge. (Hört! Hört!)

Käß (Sp.) wies darauf hin, die Linke habe seit 30 Jahren vor der Finanzwirtschaft des Reichs gewarnt. Dem Ministerialrat sei es nicht gelungen, die in Rede stehenden Steuern schmalkhafter zu machen, trotzdem der Minister des Innern die Elektrizitätssteuer so rosig dargelegt habe, daß man sie fast herbeiwünschen müsse. (Seiterkeit.) Nicht bloß neue Steuern seien notwendig, sondern auch Sparbarkeit. Zur Wahrung unserer nationalen Güter werden Summen verausgabt, die in keinem Verhältnis zur Mehrung unserer Volkswohlfahrt stehen.

Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker: Ich habe gestern ausgesprochen, daß wir nicht mit besonderer Passion an diese Steuern heranzutreten seien. Ich kann aber die Herren versichern: Wenn wir in den letzten Monaten eine Passion entwickelt haben, so lag sie auf dem Gebiet der Sparbarkeit. (Beifall.) Das werden die Akten des deutschen Bundesrats, wenn sie nach Jahren veröffentlicht werden, anzuweisen. (Beifall.)

Maier-Rothwiel (Z.) und Krug (Z.) treten für den Zentrumsantrag ein.

Siffer (d. P.) bespricht die Verhältnisse in den Mälzereien. Er habe Grund zu der Annahme, daß im Reichstag eine progressive Mälzereisteuer beantragt und auch angenommen werde.

Damit ist die Debatte zur Gas- und Elektrizitätssteuer erschöpft. Man geht über zur Besprechung der Weinsteuer.

Röder (d. P.) bespricht zunächst die im Entwurf vorgesehenen Sätze. Leider sei es nicht so, daß die Flaschenweinsteuer nur die Begüterten treffe, denn es sei sehr schwer, die Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen. Auch in der Befreiung auf die Flaschenweinsteuer sei der Entwurf nicht akzeptabel. Er bebaure deshalb, daß die Regierung im Bundesrat für die Flaschenweinsteuer gestimmt habe, und bitte die württ. Reichstagsabgeordneten, ohne Unterschied der Partei, die Flaschenweinsteuer abzulehnen. (Beifall.)

Beh (Sp.): Warum habe die Regierung die Interessen, die Weingärtner, nicht gehört? Wisse die Regierung nicht, wie im letzten Herbst der Verkauf plötzlich stode? Die bewilligten Roslandsgelder konnten nicht zurückgezahlt werden, ein Verbot, daß der Rosland noch fordbaure. (Hört! Hört!) Daß der Flaschenweinsteuer nicht eine allgemeine Weinsteuer nachfolgen werde, habe zwar die Regierung behauptet. Die Vorkasse für ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Unter dem Ministerium Mittnacht wäre sicher die frühere Haltung nicht aufgegeben worden. (Beifall.)

In ähnlichem Sinn spricht sich Barth (W. R.) aus.

Feuerstein (Soz.): Bei dieser Frage kommen drei Gesichtspunkte in Betracht: ein volkswirtschaftlicher, ein staatsrechtlicher und ein politischer. Volkswirtschaftlich insofern, als man sich zu fragen habe, wie die Steuer wirke und von wem sie zu tragen sei. Staatsrechtlich wegen der Frage, ob das Reich überhaupt ein Recht oder eine moralische Berechtigung habe, ohne Zustimmung Württembergs die Flaschenweinsteuer einzuführen. Diese Frage sei leider durch die Zustimmung Württembergs im Bundesrat schon gelöst. Politisch deshalb, weil man sich fragen müsse, welches die Ursachen seien, die zu solchen Steuerplänen geführt haben. Redner führt aus dem Oberamt Besigheim interessante vergleichende Steuerzahlen an und geht sodann auf die Frage über, wie der Stuttgarter Konsumverein belastet würde. Die Flaschenweinsteuer sei völlig ungerecht und eine außerordentliche Benachteiligung der verschiedenen Erzeugnisse. Der Standpunkt der Regierung sei deshalb zu bebaunern.

Das Zentrum hat inzwischen den Antrag eingebracht:

Die Kammer wolle beschließen, die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, in den weiteren Verhandlungen des Bundesrats über die Reichsfinanzreform nicht mehr für die Einführung einer Reichsweinsteuer einzutreten.

Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker: Er wolle der Generaldebatte über den Etat nicht vorgreifen. Er beschränke sich auf einige Konstatierungen über die staatsrechtliche Seite der Weinsteuer. Im Jahr 1893 sei im württ. Ministerium auf Grund eines eingehenden Gutachtens die Frage, ob eine Reichsweinsteuer durch die Reichsverfassung oder den Zollvereinsvertrag verboten werde, widerspruchlos vernicht worden. Die Rechtsfrage sei erledigt; von einem Rechtsanspruch sei keine Rede, es habe sich nur um eine Zweckmäßigkeitfrage gehandelt, ob die württ. Regierung demonstrieren solle. Sie habe im Bundesrat erst am Schluß und erst, als die Zustimmung wegen der allgemeinen Reichsweinsteuer gegeben worden sei, zugestimmt. Beh habe an diese Zustimmung keinen Glauben. Er könne mit Beh über seinen Glauben nicht streiten, er habe aber die Zuversicht, daß die Zusicherung wertvoll bleiben werden. Die württ. Regierung habe ihre Pflicht getan angesichts der schwierigen Lage von Württemberg und Deutschland. Wir werden auf diesem Standpunkt bleiben. Was geschehen werde, wenn der Reichstag gesprochen habe, könne er unmöglich sagen. Er glaube, daß die Zeit noch kommen werde, wo man auch an bestehenden Bedürfnissen sparen müsse. Zunächst werde sich die Sparbarkeit in Abicht auf die künftigen, bevorstehenden Bedürfnisse betätigen müssen. Wenn das nicht gelänge, dann gebe er alle und jede Hoffnung auf eine künftige und jegliche Sanierung der Reichsfinanzen auf. (Hört! Hört!) Die Regierungen warten jetzt ab, wie der Reichstag sich entscheiden werde. Er fürchte, daß der Druck der Verhältnisse nach den Beschlüssen des Reichstags noch ein dringenderer werde als in den Monaten, wo die Regierungen im Bundesrat beraten haben. Aber es solle ihn freuen, wenn es anders werde, wenn die Erfindungskraft des Reichstags in Abicht auf zweckmäßige Steuern so groß sein werde, daß die Wein- und Gas- und Elektrizitätssteuern entbehrt werden können. Das würde die württ. Regierung ihrerseits nur mit Freuden begrüßen.

Die Abgg. Keil (Soz.), Dr. Elsas (Sp.), Hanser (Z.) und Graf-Stuttgart (Z.) bringen zu dem volksparteilichen Antrag folgenden Änderungsantrag ein:

In Ziffer 1 nach dem Wort: „Beeinträchtigung“ einzuschalten: „der technischen Entwicklung und eine nicht gerechtfertigte Belastung“ und den letzten Satz durch folgenden zu ersetzen:

„Die Zweite Kammer bebaunert deshalb die Zustimmung der württ. Regierung im Bundesrat zu diesen Steuerprojekten.“

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Dr. Wolff (W. R.), des Finanzministers v. Gehler, des Abg. Hanser (Z.), des Ministerpräsidenten Dr. v. Weizsäcker, der Abgg. Keil (Soz.) und Feuerstein (Soz.) sowie nochmals der beiden Minister v. Fischer und v. Gehler und nach einer polemischen Auseinandersetzung zwischen Schmidt-Besigheim (Sp.) und Dr. Wolff (W. R.) kommt man zur Abstimmung.

Der Antrag Augst und Genossen wird mit der von Keil und Genossen beantragten Abänderung angenommen, mit Ausnahme des der Regierung das Bedauern auszusprechenden Satzes, der abgelehnt wird.

Die beiden Zentrumsanträge werden einstimmig angenommen.

Hier wird abgebrochen. Nächste Sitzung morgen vormittag 9 Uhr mit der Tagesordnung: Rest der heutigen Tagesordnung.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Rundschau.

Der Verband süddeutscher Industrieller

verfandte vor kurzem Heft 1 seiner Veröffentlichungen, welche einen ausführlichen Bericht über die auf der ersten ordentlichen Jahresversammlung des genannten Verbandes am 25. Oktober 1908 im Rosengarten zu Mannheim stattgefundenen Verhandlungen, sowie einen Ueberblick über die Tätigkeit des Verbandes im Geschäftsjahr 1907-08 enthält. Besonders interessant sind in dieser sehr umfangreichen Veröffentlichung die Ausführungen über die Gründung eines politischen Arbeitereverbundes, gegen welchen Plan sich der Süddeutsche Verband ebenso wie der Verband sächsischer Industrieller ganz ablehnend verhält, und ferner besonders auch die Ausführungen über die Höhenfrage, von denen zwei Stellen hier zitiert sein mögen, die diese ganze Angelegenheit kurz und treffend beleuchten. In dem Bericht heißt es nämlich:

„Es mutet aber doch wie Hohn an, daß im Momente des Konjunkturmehrschlages, als Einsichtige bereits begannen, ihre Maßnahmen für einen wirtschaftlichen Niedergang einzurichten, das Kohlenhindikat mit seinen neuen Preisen für das Jahr 1907-08 herauskam und eine kräftige Preiserhöhung angemessen hielt.“

Und als Charakteristik der Ausfuhrpolitik des Kohlenhindikats wird dann an anderer Stelle folgende Mitteilung einer Mitgliedsfirma an den Verband Süddeutscher Industrieller angeführt:

„Wir erfahren von einer uns bekannten Konkurrenzfirma bei Brüssel, daß diese Kohlen derselben Qualität, wie wir sie gebrauchen, um ca. 25 bis 30 Prozent billiger erhält, als wir. Diese Preisdifferenz macht auf die Fertigfabrikationspreise einen Unterschied von ca. 6 bis 7 Prozent zu unseren Ungunsten aus.“

Der Bericht verurteilt diese Ausfuhrpolitik des Kohlenhindikats mit folgenden kurzen und treffenden Worten:

„So werden nationale Bodenschätze verhandelt, um der deutschen Exportindustrie die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erschweren.“

Es ist nicht möglich, an dieser Stelle auf alle Einzelheiten des Berichtes näher einzugehen, nur die Frage der Pensionsversicherung der Privatangestellten sei hier noch kurz gestreift. Der Verband Süddeutscher Industrieller steht, wie aus dem Bericht hervorgeht, auf dem Standpunkt, daß eine Pensionsversicherung der Privatangestellten auch im Interesse der Industrie liegt und kommen muß. Auf Er-

suchen der Gesellschaft für soziale Reform hat sich der Verband Süddeutscher Industrieller bereit erklärt, bei seinen Mitgliedern eine Rundfrage betreffend Unternehmung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Privatangestellten zu veranstalten. Diese Rundfrage ist, wie der Bericht bemerkt, inzwischen erfolgt und hat ein sehr reichhaltiges Material ergeben.

Außerdem sei noch kurz darauf hingewiesen, daß der Verband im Interesse seiner Mitglieder zu allen wichtigen Gesetzesvorlagen Stellung nahm und insbesondere auch für die Hebung des Exportes seiner Mitglieder tätig war. Er begründete hierüber eine eigene Exportstelle und beschloß die Herausgabe eines Exportadressenbuches für die Süddeutsche Industrie, in welches die Angaben der Mitgliedsfirmen des Verbandes bis zu einem bestimmten Umfange kostenfrei Aufnahme finden.

Die Tabakarbeiter gegen die Tabaksteuer.

An dem Tabakarbeiterkongress in Berlin beteiligt sich der Verband der christlichen Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands nicht. Er hat dem Reichstag eine von 38 000 Tabakarbeitern unterschriebene Petition überreicht, die sich gegen jede Mehrbelastung des Tabaks in irgend welcher Form wendet. Außerdem sandte er unter der Führung des Zentralvorsitzenden eine Deputation nach Berlin, die die Reichstagsabgeordneten für die Petition gewinnen soll.

Ein Zentrumsvorschlag.

Die „Kölnische Volkszeitung“ fordert vom Kaiser die Erklärung, einer Anzahl Mitgliedern der verschiedenen Reichstagsfraktionen zuweilen Gelegenheit zu geben, sich mit ihm in zwangloser Weise zu unterhalten, selbstverständlich nicht zum Zweck, gesetzgeberische Aufgaben des Tages unmittelbar zu behandeln, — denn der verantwortlichen Regierung solle nicht ein Täpfelchen von dem entzogen werden, was ihr zukommt —, sondern lediglich zur richtigen allgemeinen Information des Monarchen. Auf diese Weise würde der Kaiser die Verhältnisse kennen lernen, wie sie wirklich sind, eine Menge neuer ihm sicherlich vielfach überraschender Gesichtspunkte gewinnen und Dinge hören, die ihm bei der jetzigen ungenügenden Art der Information unbekannt geblieben sind. Der Monarch würde sicherlich auf vielen Gebieten zu ganz anderer Auffassung kommen.

Die Diamanten in Südwestafrika.

Der Korrespondent der „Times“ in Kapstadt sprach die Mitglieder einer Deputation der Diamant-Gesellschaften von Lüderitzbucht, welche sich heute nach Deutschland einschiffen, um Beschwerden bei Dernburg vorzubringen. Die Steine sollen von ausgezeichnete Qualität und die Arbeitskosten gering sein; trotzdem wird die Steuer von 10 Mark pro Karat als ungerecht empfunden. Die Deputation wird dafür eine Gewinnsteuer von nicht über 20 Prozent beantragen. Dernburg hat ein deutsches Diamanten-Käufer-Syndikat gebildet, und die vier bedeutendsten Förderungs-gesellschaften in Lüderitzbucht wollen sich verschmelzen und ihren Hauptsitz nach Kapstadt verlegen.

Die Balkankrise.

Das Protokoll über die österreichisch-türkische Verständigung.

Die türkischen Blätter veröffentlichten den Wortlaut des aus 9 Punkten bestehenden Protokollentwurfs über die österreichisch-ungarisch-türkischen Verhandlungen. In Artikel 6, welcher der Türkei völlige Freiheit bezüglich der Handels- und Zollpolitik zugesetzt, verpflichtet sich Österreich-Ungarn, binnen 2 Jahren nach Unterschrift des Vertrages einen Handelsvertrag mit der Türkei abzuschließen, und zwar nicht auf der Grundlage der Kapitulationen. Der Ausdruck „Annektion“ fehlt in dem Entwurf; dafür ist „Anerkennung des jetzigen Zustandes“ gesetzt. Das in den ursprünglichen österreichischen Vorschlägen erwähnte Schutzrecht über die katholischen Albanesen ist in den Entwurf nicht eingefügt. Die ebenfalls bereits gemeldete Bestimmung bezüglich des Auswanderungsrechts dürfte ebenso wie einige andere Punkte zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben.

Der Boykott.

Der türkische Minister des Innern erklärte, er habe die Mitglieder des Boykottkomitees empfangen und ihnen empfohlen, den Boykott gegen österreichische Waren zu beenden. Dem gleichen Wunsch äußerte der Großwesir, der das Komitee gleichfalls empfing. Die Mitglieder der Boykott-Kommission erklärten sich bereit, der Aufforderung Folge zu leisten. Die Boykottierung bulgarischer Waren wird fortgesetzt.

Tages-Chronik.

Karlsruhe, 21. Jan. Der Oberhofmarschall von Offensandt-Bercholz wurde auf dem gestrigen Hofball von einem Schlaganfall betroffen. Er verschied alsbald.

Koblenz, 21. Jan. Die Nachricht, daß der Freiherr v. Schorlemer-Lieser das Schloß Stolzefels angekauft habe, wird hier besprochen.

Dresden, 20. Jan. Das Wahlgesetz ist in der Ersten Kammer nach den Deputationsvorschlägen einstimmig angenommen worden. Am Freitag kommt es in die zweite Kammer, wo ihm eine Dreiviertelmehrheit sicher ist.

Berlin, 20. Jan. Graf Zeppelin weilt augenblicklich in Berlin. Die Vermählung seiner Tochter mit dem Oberleutnant Friß v. Brandenstein wird in nächster Zeit stattfinden. Das junge Brautpaar hat in der Kaufstraße in Berlin eine Wohnung gemietet.

Berlin, 21. Jan. Auf der Provinzialversammlung der Konservativen Westpreußens bemerkte der bekannte Abgeordnete von Oldenburg-Janitschau, daß durch die Rede Bülow vom Dienstag das Verhältnis

Konservativen zum Reichskanzler sich we-
sentlich ändern werde. Die Konservativen würden
nach der Steuer unter gar keinen Umständen
zustimmen. Bülow's Drohung mit seinem
Abtritt ziele nicht mehr.

Berlin, 20. Jan. Abends fand im Schloß die
große Defilier-Cour für das diplomatische Korps
der inländischen Damen und Herren vom Zivilstat.

Berlin, 20. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:
Die Betriebseinnahmen der preussisch-hessi-
schen Staatseisenbahnen haben im Dezember vor-
gen Jahres im Personenverkehr rund 0.4 Millionen
Mark mehr, im Güterverkehr 4.5 Millionen Mark =
4.7 Proz. weniger, insgesamt einschließlich der sonstigen
Einnahmen 5.5 Millionen Mark = 3.71 Proz. weni-
ger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres erbracht.
Zu berücksichtigen ist hierbei, daß der Dezember 1908 einen
Feiertag weniger und einen Werktag mehr als im Vor-
jahr hatte.

Aus Württemberg.

Das Ellwanger Gymnasium und das Erdbeben von Messina.

Weshalb Messina durch ein Erdbeben zerstört wurde?
Diese Frage wird jetzt von vielen Gelehrten wissenschaftlich
gelöst gesucht; mehrere dieser Herren haben sich nach
dem Schauplatz des großen Naturereignisses begeben, um
an Ort und Stelle ihr Wissen zu bereichern und das Er-
gebnis ihrer Studien der Welt zu verkünden. Das ist
aber ein eitel Bemühen, denn diese Aufgabe hat ein
einfacher Mann in dieser Kreisstadt bereits klipp und klar
gelöst. Der geistliche Herr Professor Stüple, angeheiratet
an dem hiesigen humanistischen Gymnasium, er-
klärte jüngst beim Religionsunterricht seinen Zöglingen
an der obersten Klasse: weil der Glaube an Gott ge-
schwunden sei durch die Gottlosigkeit der Frei-
maurer, darum hat der Herr ein Strafgericht gehalten
und noch vor Ablauf des alten Jahres, als die meisten
Freier noch in sündigem Schlaf befangen waren, die Be-
wohner der Stadt Messina und deren weiteren Umgebung
durch ein größliches Erdbeben vernichtet, ihre Häuser und
Möbel zerstört und allgemeinen Schreden verbreitet.

Da nun die erste Frage über das große welterschüt-
ternde Ereignis auf so einfache und einleuchtende Weise
gelöst worden ist, wird Herr Professor Stüple in seiner
nächsten Religionsstunde weiter erklären, wie es kam, daß
durch die Zerstörung Messinas usw. nicht allein die bö-
sen Freimaurer, deren es jedenfalls in Messina nicht viele
gab, sondern auch Abertausende von unschuldigen Män-
nern, Frauen, und Kindern, ja selbst fromme Kloster-
frauen und viele Priester leiden und sterben mußten und
die heiligen Stätten, der berühmte Dom und schöne Kir-
chen, wie auch wohltätige und gottgefällige Anstalten zer-
trümmert wurden, was doch der liebe Gott so leicht hätte
verhüten können, wenn nach dem biblischen Beispiel der
göttlichen Verdonnerung der Israeliten vor dem Würg-
engel in Ägypten auch die Häuser der italienischen Ge-
lehrten gezeichnet und dann von den Zerstörungsgewalten
verschont worden wären. Oder sollte es nach Stüple's
Meinung trotz Priester und Mönche, und Nonnen in Mes-
sina und Reggio und ganz Süditalien und Sizilien nicht so
viele Gerechte gegeben haben wie in Sodom und Go-
morra? Dann wären aber erst recht die paar bösen
„Freimaurer“ sicherlich schuldlos am ganzen Unglück! Der
fromme „Dusel“ ist meist sehr wenig logisch und spekuliert
mit der Gedankenlosigkeit der Zuhörer.

Herr Professor Stüple ist zugleich Besitzer und Leiter
des „Boromäus“, einer Pensions- und Erziehungsanstalt
für zahlreiche auswärtige Schüler des hiesigen Gymna-
siums, er wird also sicherlich diese zweite für das Be-
griffsvermögen des gemeinen Volkes etwas heikle Frage
in gleich geistreicher Weise zu erklären wissen, worauf wir
uns heute schon freuen dürfen. — Aber, das ist das Be-
denkliche, Leuten mit solchen Anschauungen überträgt
der Staat Württemberg noch im Jahre 1909 öffentliche
Beträmter an staatlichen „höheren“ Anstalten!
„Beobachter.“

Stuttgart, 20. Jan. Die Leiche des Prinzen Ernst
v. Sachsen-Weimar wird am Samstag von München hier-
her übergeführt, um einem Wunsch des Verstorbenen ent-
sprechend, durch Feuer bestattet werden. Die „Münch.
Neuesten Nachr.“ schreiben: „Unseres Wissens ist der ver-
storbene Prinz das erste Mitglied eines regierenden deut-
schen Fürstenhauses, dessen Leiche durch Feuer bestattet
wird.“

Ludwigsburg, 20. Jan. In der heutigen Sitzung
der bürgerlichen Kollegien wurde an Stelle des eine Wie-
derwahl ablehnenden langjährigen Bürgerausschusses
Obmanns Fabrikdirektor Eisenmenger, Kaufmann Hein-
rich Lotter, gewählt. Sodann wurde die Beschaffung
zweier neuer Automobile für die Verbindung mit dem
Heilbade Hoheneck beschlossen, die von den Daimler-Werken
zum Preise von 40000 Mark geliefert werden. Das
zweihundertjährige Stadtjubiläum, das auf dieses Jahr
fällt, soll, wie der Oberbürgermeister berichtete, zwar
nicht mit großen Festlichkeiten begangen werden, aber
doch nicht unbeachtet vorübergehen.

Ulm, 21. Jan. Die Zahl der Wahlberech-
tigten zu den Gemeindevahlen hat hier in den letzten
6 Jahren um rund 60% zugenommen. 1902 waren es
3075 Wähler, nach der Eingemeindung Söflingens stieg
die Zahl auf 3978 und seit der durch die neue Gemein-
deordnung eingetretenen Verbilligung der Bürgerrechts-
gebühr hat sich die Zahl auf 4912 gehoben.

Ulm, 18. Jan. Bei der Obmannwahl des
Bürgerausschusses wurde gegen die Stimmen der
Volkspartei und Deutschen Partei der bisherige, dem an-
geblich parteilosen Bürgerverein angehörige Obmann,
Rechtsanwalt Reichmann, gegen den volksparteilichen Kan-
didaten, Rechtsanwalt Moos I, wiedergewählt. Dieses Er-
gebnis hat allgemein überrascht, da man in der Bürger-
schaft annahm, daß der Volkspartei, die bei der Bürger-
ausschusswahl die meisten Stimmen auf ihre Kandidaten
vereinigt hat, der Obmannsitz zufallen würde. Besonders

aber wundert man sich über die Haltung der Sozialdemo-
kratie, die gleichfalls gegen den volksparteilichen Kan-
didaten stimmte, obgleich sie des öfteren Veranlassung genom-
men, die Geschäftsführung des bisherigen Obmanns zu
benämlichen, und den Bürgerverein immer als diejenige
Gruppe auf dem Rathause hingestellt hatte, die am schärf-
sten bekämpft werden müsse.

Rottenburg, 21. Jan. Wie das Südd. Ab. hört,
ist eine gegen den hies. Stadtschultheißen, wegen ange-
leglicher Unregelmäßigkeiten im Polizeiwesen, eingeleitete Un-
tersuchung, in der viele Zeugen vernommen worden sind,
wieder niedergefallen worden.

Nah und Fern.

Zu natürlich ging es dieser Tage auf der Bühne
des Stuttgarter Residenztheaters zu. In der
Montagsvorstellung („Hamlet“) waren vor der letzten
Szene die Rapiere verlegt; um nicht aufzuhalten, nah-
men Hamlet und Lärtes schnell Kreuzschwert. Zum
Unglück war das des Lärtes an der Spitze scharf und
beim zweiten Gang erhielt der Gast, Ferdinand Bonn,
der Darsteller des Hamlet, einen Stich in die rechte
Hand. Das strömende Blut packte zwar gut zu der
Situation, aber der Künstler, der seine Rolle noch zu
Ende führte, mußte sich in ärztliche Behandlung be-
geben, konnte aber am Freitag sein Gastspiel fortsetzen.

Beim Modeln in Oberndorf fiel ein mit vier
Schülern besetzter Schlitten um, wobei einer der Be-
teiligten das Unglück hatte, einen Fuß zu brechen. Man
sollte es nun nicht glauben, trotz jämmerlichen Bittens,
ihn nach Hause zu bringen, waren die drei Kameraden
nicht dazu zu bewegen; sie liehen den Verunglückten
vielmehr einfach liegen, bis ein gutmütiger Schüler von
einer anderen Lehranstalt sich um die Sache annahm und
den Hilfloßen auf seinen Modelschlitten zu dessen ent-
fernt wohnenden Eltern verbrachte.

Seit längerer Zeit wurden auf dem Bahnhof in
Friedrichshafen wiederholt an einigen vom Aus-
land eingelaufene Güterwagen nachts die Plomben ab-
geschnitten, die Wagen aufgerissen und nach und nach
eine Anzahl Häute, die für die hiesige Lederfabrik be-
stimmt waren, entwendet. Dieser Tage wurden nun einige
des Diebstahls dringend verdächtige Personen verhaftet
und an das k. Amtsgericht Tettnang eingeliefert. Der
Wert der gestohlenen Häute beläuft sich auf etwa 800
Mark. Einer der Verhafteten hat bereits zugestanden,
daß er an dem Diebstahl beteiligt gewesen sei und die
Häute an einen Ravensburger Händler verkauft habe.

Der 23-jährige Kaufmann Sticher von Mühl-
acker, der Sohn des Zugführers Sticher, wurde Mitt-
woch Nacht auf der Bahnstrecke Ultingen-Mühlacker bei
Posten 50 überfahren und tot aufgefunden. Es ist noch
nicht festgestellt, ob Selbstmord oder Unglücksfall vor-
liegt. Der Tote wurde heute Nacht zwei Uhr mit einem
Gepäckwagen nach Mühlacker gebracht.

In Karlsruhe hat der russische Student Mi-
chalsky die Lokomotivheizungsehezer bestrafen lassen
und dann sich selbst erschossen.

Die Geliebte erstickt.

In Mühlhausen (Hf.), tötete auf offener Straße
ein 23 Jahre alter Arbeiter durch Messerfische seine
frühere Geliebte, weil sie von ihm nichts mehr wissen
wollte. Das erst zwanzigjährige Mädchen hatte von dem
Geliebten ein jetzt drei Jahre altes Kind. Das Mädchen
wollte, da es infolge ungenügender Unterstützung in Not
geraten war, mit dem Kinde zur Mutter zurückkehren und
dem Burtschen den Abschied geben. Darüber aufgebracht,
griff er zum Messer und tötete seine Geliebte.

5 Personen von einer Lawine verschüttet.

In Waidring (Tirol) wurden Mittwoch vormit-
tag 3 Bauern und 2 Holznechte von einer Lawine
verschüttet. Von den Verschütteten wurden bis
abends 6 Uhr 3 Tote geborgen. Es besteht keine
Hoffnung, daß die beiden anderen noch lebend gefun-
den werden.

Die Erdbebenkatastrophe in Süditalien.

In Messina ereigneten sich Mittwoch früh wie-
der einige Erdstöße, von denen 2 sehr stark wa-
ren und 10 Sekunden dauerten. Das Wetter ist bei
anhaltendem Regen kalt. Nachdem Bauholz angelom-
men ist, wird mit der Errichtung von Baracken eifrig
fortgefahren. Im Hasenteil der Stadt wütet das
Feuer in den siebengebliebenen Häusern weiter.

In Reggio ist Mittwoch früh 4 Uhr kein neuer-
licher merklicher Erdstoß verspürt worden.

Vulkanausbruch.

Durch einen Ausbruch des in der Provinz Tanabas im
Südwesten von Luzon (Philippinen) gelegenen Vulkans
Lagnas wurde in der dortigen Gegend großer Scha-
den angerichtet. Die Ernte wurde vernichtet. Die Land-
straßen sind unwegsam geworden. Der Ausbruch des
Vulkans war von unerirdischem Rollen angekündigt wor-
den, so daß sich die Bevölkerung in Sicherheit zu bringen
vermochte. Verluste an Menschenleben werden nicht ge-
meldet.

Erdbeben in Kleinasien.

Vorgefien hat sich in Smyrna und an anderen
Orten der kleinasiatischen Küste ein heftiges Erd-
beben ereignet. Während in Smyrna kein Schaden
angerichtet wurde, sind in Menemen 6 Häuser zer-
stört worden und in Foschatin 12 Personen ge-
tötet und mehrere verletzt worden.

Großfeuer.

Mittwoch vormittag brach auf dem im Bau befind-
lichen Wasserwerk, das anderthalb Meilen von der Stadt
Chicago entfernt im Michigansee liegt, Feuer aus. 26

verletzte Arbeiter wurden von einem Schleppdampfer auf-
genommen. Es besteht kein Zweifel, daß viele andere der
dort beschäftigten Arbeiter ihr Leben eingebüßt haben.

Gerichtssaal.

Ulm, 20. Jan. Vor dem hiesigen Divisionsgericht
hatte sich gestern der vormalige Militär- und jetzige
Zivilstrafgefängene Heinrich Weber von Stuttgart in
ein und derselben Sache zum drittenmal zu verantwor-
ten. Er war des Ungehorsams vor versammelter Mann-
schaft angeklagt, weil er als Militärgefangener — er
hatte wegen rückfälliger Fahnenflucht 1 Jahr 15 Tage
Gefängnis zu verbüßen — dem auf Antreten lautenden
Befehl des aufsichtführenden Sergeanten und des dann
gerufenen Feldwebels nicht nachkam und ferner in der
Zelle, in die er dann verbracht worden war, sich wei-
gerte, die Reinigung mit dem Besen vorzunehmen. Der
Angeklagte, der auf Anordnung des Kriegsgerichts schon
zweimal unter Unterbrechung der Hauptverhandlung auf
seinen Geisteszustand untersucht, aber als zurechnungs-
fähig erkannt worden ist, meinte, man könne mit ihm
machen was man wolle, er sei von allen Seiten fort-
gesetzt schlecht behandelt worden. Er wurde zu 4 Monaten
7 Tagen Gefängnis verurteilt.

Bermischtes.

Der Urbanus der Reutlinger Weingärtner- Genossenschaft.

Im Museum vaterländischer Altertümer
in Stuttgart ist auf einige Tage der Urbanus
der Reutlinger Weingärtnergenossenschaft
ausgestellt. Es ist das alte Junstzeichen, das bei den
Aufzügen der Weingärtnerzunft, angeblich schon vor der
Reformation, am Tag des hl. Urban, „zu Schimpf, Tanz
und Juch“, einhergetragen wurde, sicher aber nachmals,
wie noch jetzt, beim Kirchgang mit der Fahne am „aus-
seligen Montag“, dem alten Junstmontag, den die Wein-
gärtner auch als Gedächtnistag der Verwerfung des so-
genannten Interims feierten und feiern. In der Wein-
gärtner-Keller fand am 13. Juni 1578 jene Protestver-
sammlung der Bürgerchaft statt, in der 92 Mann, ein-
zeln vernommen, sich gegen die Annahme erklärten. Die
Reutlinger Weingärtner betrachten diesen Protest als eine
Tat ihrer Vorfahren vor anderen; und das Urbanus-
bild trägt darum am Halbe eine goldene Reformations-
Denkmünze, den sächsischen Gedächtnisbulaten auf die
Augsburger Konfession. Dieses Junstzeichen gilt also
zugleich als ein Denkmal der Reformation, an der die
Reichsstadt Reutlingen bekanntlich einen ehrenvollen An-
teil hat.

Ob die jetzige Figur jenen Tag gesehen hat, ist
zweifelhaft; denn es ist nicht sicher, ob es ein Original
oder eine jüngere Kopie ist. Die Tracht: Barett mit
Vogenzadenrand, geschlitztes Wams und ebensolche Knie-
hose, Strümpfe und Ruhmaufschuße, deutet allerdings auf
das 16. Jahrhundert. Es ist eine jugenbliche Mannes-
gestalt, schreitend dargestellt. Mit der linken Hand um-
faßt sie einen Rebstock, ähnlich wie St. Christophorus
in gleichzeitigen Bildern den Baumstamm, der ihm als
Wanderstock dient. Mit dem hl. Urban der katholischen
Kirchenkunst, einem Bischof, hat dies Urbanusbild nicht
die geringste Ähnlichkeit, und ebensowenig die anderen
sogenannten Urbanusfiguren, die sich im Besitz der
Weingärtnerzünfte anderer schwäbischer Städte erhalten
haben; so der Stuttgarter und der Schorndorfer, eine
Jugendfigur aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts, jetzt
in unserem Museum. Das sind sämtlich Polake, deren
Statue die Figur eines Weingärtners darstellt. Nur
die Krone, die er hier und da auf dem Haupte trägt,
hebt ihn heraus aus der Alltagswelt. Dieser gehören
noch ganz die sogenannten Rebmännchen an, realistische,
ursprünglich wohl regelmäßig aus Rebholz geschnitzte Fi-
guren, die auf dem Rücken einen Trinfbecher in Form
eines Butten tragen, eine Verbindung von Pokal und
Tafelaufsatz. Das Museum besitzt mehrere solche Reb-
mannspokale aus der Renaissancezeit; Beispiele sind mit
dem Reutlinger Urbanus ausgestellt. Auch hat er einen
silbernen Butten auf dem Rücken, der aber modern,
anscheinend nicht von Anfang an vorgesehen und schwer-
lich zum Trinken geschickt ist. Vermutlich sind nach
der Reformation die richtigen Urbanusfiguren, tragbare
Standbilder des Weinbergheiligen, verboten und durch
profane Rebmännchen als Junstzeichen ersetzt worden.
Von Reutlingen ist es überliefert, daß das Umhertragen
des Urbanus als götzendienlich verboten wurde, und zwar
mehrmals, 1578 aber als unschuldiges Denzzeichen ge-
stattet wurde. Damals mag die jetzige Figur oder ihr
Urbild entstanden und angeschafft worden sein. Sie läßt
sich zur Zeit nicht leicht kunstgeschichtlich beurteilen, weil
sie mit neuem Oelfarbenanstrich bedeckt ist, der das
Gesicht entstellt und auch aus der geschlitzten Pluderhose
eine gelbe Besinger Lederhose gemacht hat. Die Figur
ist vom Sockel bis zum Barett und zur Spitze des Reb-
stocks behängt mit 54 silbernen Gedächtnisbildern, auf
denen Jahreszahlen aus dem 17. bis 19. Jahrhundert,
Namen und Hausmarken der Stifter eingegraben sind,
und bestückt mit allerlei Weingärtnerwerkzeugen in Sil-
ber; ein schönes Denkmal der Liebe zum Ererbten, so
mühseligen und in seinem Lohn so wenig sicheren Be-
rufstand.
Professor Dr. Gradmann.

— Vorsichtig. Wir (der die Rechnung für einen
Gast zusammenaddiert, zu seiner Frau): „Einmal bringe
ich dreizehn Mark heraus, und dann wieder siebzehn!
Rechne du's mal zusammen!“ — Wirtin: „Ach, laß
es gut sein! Am End' bräch' ich auch nur dreizehn
'raus!“

Handel und Volkswirtschaft.

Waihingen e. Gg. 10. Jan. Der hiesige Tabak wurde
gestern de-mo-n und von der Firma Ray und Co in e-ruchial über-
nommen. Das Quantum hat ca. 1 1/2 Ztr. betra- und wird sich per 3. r.
Nr. 33 r-istt werden.

*** Volksschullehrer!** Am 13. Februar 1909, vorm. 10 Uhr findet im Dienstgebäude des Bezirkskommandos Calw die ärztliche Untersuchung derjenigen Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschulamts, welche sich im militärpflichtigen Alter befinden und am 1. April 1909 zur Ableistung ihrer einjährigen Dienstzeit eintreten wollen, statt. Noch nicht militärpflichtige, taugliche Volksschullehrer

dürfen sich zum Diensttritt freiwillig bereit erklären. Der Ausstellung eines Meldescheins bedarf es in diesem Falle nicht. Ein Recht auf die Wahl des Truppenteils haben die einzustellenden Lehrer usw. nicht; doch wird etwaigen Wünschen möglichst Rechnung getragen werden. Die schriftlichen Gesuche um Untersuchung und Einstellung

sind bis spätestens 8. Februar 1909 an das Bezirkskommando einzureichen.

Schweinefucht ist in dem Stalle des Hr. Emil Staib in Brödingen ausgebrochen.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortl. Redakteur: F. Reinhardt, daselbst.

Wildbad.
Zur Feier des Geburtsfestes Sr. Majestät des Kaisers findet am

Mittwoch, den 27. Januar 1909,
von abends 8 Uhr an
im **Gasthof zum gold. Ochsen** hier, ein

Bankett

statt, wozu ich die Einwohnerschaft und die titl. Vereine freundlichst einlade.

Den 21. Januar 1909.

Stadtschultheiß: Bähner.

R. Oberamt Neuenbürg.

Bekanntmachung

betreffend die freiwillige Invalidenversicherung der Betriebsunternehmer.

Nach § 14 Invalidenversicherungsgesetzes sind Gewerbetreibende und sonstige Betriebsunternehmer, welche nicht regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigen, sowie Hausgewerbetreibende befragt, freiwillig in die Invalidenversicherung einzutreten, solange sie das 40. Lebensjahr nicht vollendet haben. Auch können diese Personen beim Ausscheiden aus dem die Berechtigung zur Selbstversicherung begründeten Verhältnis die Selbstversicherung fortsetzen.

Von dieser, hauptsächlich auf **Handwerker** und andere **Klein-gewerbetreibende**, sowie auf **kleine landwirtschaftliche Unter-nehmer** berechneten Befugnis der Selbstversicherung wird bis jetzt nur in sehr geringem Umfang Gebrauch gemacht, obwohl die Bedingungen dieser Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen der Erwerbsunfähigkeit und des Alters außerordentlich günstig und die aus der Versicherung erwachsenden Ansprüche vollkommen gesichert sind.

Die Versicherung erfolgt durch Einlebung von Beitragsmarken in Quittungskarten von grauer Farbe, welche von den Ortsbehörden für die Arbeiterversicherung ausgestellt werden. Die Höhe der Beiträge ist nach Lohnklassen verschieden und beträgt zur Zeit wöchentlich:

in Lohnklasse I	14 Pfg.
II	20 "
III	24 "
IV	30 "
V	36 "

Die Wahl der Lohnklasse steht den freiwillig versicherten Personen frei. Die Hauptleistungen der Versicherung sind die **Invaliden- und die Altersrenten**. Voraussetzung der Erlangung einer **Invalidenrente** ist außer dem Nachweis der eingetretenen Erwerbsunfähigkeit die Erfüllung einer Wartzeit von 500 Beitragswochen; Voraussetzung der Erlangung einer **Altersrente** ist außer der Zurücklegung des 70. Lebensjahres die Erfüllung einer Wartzeit von 1200 Wochen.

Es ist davon auszugehen, daß für jede Woche ein Beitrag entrichtet wird, doch bleibt die Rentenanwartschaft erhalten, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungs-tag auch nur mindestens 40 Wochenbeiträge entrichtet werden.

Der **Jahresbetrag der Invalidenrente** hält sich je nach der Zahl und Höhe der geleisteten Versicherungsbeiträge in folgendem Rahmen:

bei der I. Lohnklasse	116—204 Mark
II.	132—307 "
III.	146—380 "
IV.	160—452 "
V.	174—524 "

Je länger und je höher die Beiträge geleistet sind, desto größer wird die Rente bemessen.

Der **Jahresbetrag der Altersrente** beträgt:

in der I. Lohnklasse	110 Mark
II.	150 "
III.	170 "
IV.	200 "
V.	230 "

Als weitere Leistung kann die Versicherungsanstalt nach freiem Ermessen bei den Versicherten ein **Heilverfahren** einleiten, wenn ein Versicherter derart erkrankt ist, daß infolge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu befürchten ist, welche einen Anspruch auf Invalidenrente begründet.

Ein Vergleich der aufgeführten Leistungen der Versicherung mit den Leistungen der Versicherten wird jedermann die Vorteile der freiwilligen Versicherung klar machen und es den zur Selbstversicherung zugelassenen Personen nahelegen, von dieser Vergünstigung mehr als bisher Gebrauch zu machen.

Die **Ortsbehörden für die Arbeiterversicherung** erhalten den Auftrag, in dieser Richtung belehrend und anregend zu wirken; auch das Oberamt ist jederzeit bereit, den Beteiligten weitere Auskunft zu geben und an die Hand zu gehen.

Den 4. Januar 1909.

Amtmann Gaiser.

Vorstehendes wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Wildbad, 20. Januar 1909.

Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung:
Böhner.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit sind mehrfach Fälle von **Beschädigungen der Straßen** durch **Schleifen von Laugholz und Scheiterholz** vorgekommen.

Es wird darauf hingewiesen, daß das Schleifen von Holz auf Straßen gemäß § 3 der Kgl. Verordnung vom 6. Juli 1873/16, Sept. 1900, betr. die Benutzung öffentlicher Straßen und ihrer Zubehörten, **verboten** ist. **Zu widerhandelnde** werden nach § 366 §. 10 Str. G.-B., evtl. wegen Sachbeschädigung auf Grund §§ 303 und 305 Str. G.-B. bestraft.

Wildbad, den 21. Januar 1909.

Stadtschultheißenamt Böhner.

Ev. Kirchenchor

Heute abend
Singstunde

Damen 1/8 Uhr und Herren 8 Uhr
Vollständiges Erscheinen dringend
notwendig.



Schubert-Verein

Wildbad.

Heute abend Singstunde

im Gasth. zur Eisenbahn.

Liederkranz Wildbad.

Morgen abend 8 Uhr Singstunde

im Lokal.

Der Vorstand.

Junges fettes

Kuhfleisch

das Pfund zu 64 Pfg.

ist zu haben bei den Metzgermeistern
Fritz Krauß, Hauptstr. u. Karl
Krauß, Straubenbera

Mössinger's Kindermehl

bestes Vorbeugungsmittel gegen
Brechdurchfall, Diarrhö, Darmatareth,
engl. Krankheit und Strophulose,
äußerst leicht verdaulich, ärztlich
warm empfohlen. Originaldose nur
Mark I bei **Daniel Treiber**.

Jah. Rob. Treiber.

Total- Aus- verkauf

Wegen
Geschäftsaufgabe
werden sämtliche
Schuhwaren
zu **bedeutend ermäßigten Preisen**
gänzlich ausverkauft.

LEO MÄNDLE'S

Schuh-Fabriklager
PFORZHEIM
Deimlingstrasse Ecke Markt
:: **Reparatur-Werkstätte** ::

Französische feuerfeste

Alpenton- Kochgeschirre

für Haushalt und Restaurant-
Gebrauch.
Nur echt mit Fabrikmarke

Vallauris A. M.

Zu empfehlen für Sauerkraut,
Früchte und alle Gemüse.
Fester und billigster Ersatz für
Emailgeschirre.

Aleinverkauf: **G. Aberle sen.**
Jah.: G. Blumenthal.

Orangen

per St. 5 Pf., 10 St. 45 Pf.
findzu haben bei

J. Honold,
Hoflieferant, König Karlstr. 81
Telefon 45.

Kleiderstoffe

in größter Auswahl,
das Neueste, Schönste und Beste
: in Qualitäten und Dessins für die :

Saison 1909

enthält
unsere Frühjahrs- und Sommer-Kollektion
Abgabe jedes gewünschten Maßes
: zu den billigsten Preisen :

Geschwister Horkheimer

Große Stuttgarter Geldlotterie
Ziehung am 10. März 1909 2029 bare Geldgewinne mit 60000 M
Hauptgewinn 30 000 Mark. Lospreis 2 Mk.

Sr. Stuttg. Geld- u. Pferdlotterie
Ziehung am 23./24. April. 3011 Geldgewinne mit 80 000 Mark und
25 Pferdegewinne mit 20 000 M. Hauptgewinn 40 000 M.
Lose à 2 M., 6 Lose 11 M., 11 Lose 20 M. bei **C. W. Bott**.

Achtung!

Von jetzt ab befindet sich mein Verkaufsräum in
meinem Parterre-Zimmer gleich hinter dem Laden. Eingang
von hinten. Gebe auf

jämtl. Kurzwaren 10 Proz. Rabatt
und auf

Herrenstoffe, Herrenkleider, gestricke Westen, Unter-
hosen, Hemden, Kravatten, Korsetts etc.
15 bis 25 Prozent Rabatt.

Achtungsvoll
Rob. Riexinger.

Unterschiedener empfiehlt sich in Lieferung von

Silberbestecken

mit prima silberweißer Alpaca-Unterlage, in schwerster
Ver Silberung.

Reparaturen, Ver Silberung abgenutzter Be-
stecke, Schleifen und Polieren bei billigster Berech-
nung unter Garantie. Größere Posten nach Nebereinkunft.

H. Riexinger,
Messerschmied.

Sehr angebracht

ist es, schon jetzt die in kommender Saison
benötigten

Drucksachen aller Art

im Interesse sorgfältiger Herstellung in unserer
Buchdruckerei zu bestellen.

Für geschmackvolle, modernste Ausfüh-
rung wird Garantie übernommen und bei
zivilen Preisen schnellste Erledigung zuge-
sichert.

Bleyle's Knaben-Anzüge

passen für jede Jahreszeit, kleiden
vortrefflich und sind von unüber-
troffener Haltbarkeit.

Nach starker Abnutzung erforder-
licher Reparaturen sowie Verlängern
von Ärmeln und Hosen besorgt die
Firma schön und billig und in fast
unsichtbarer Ausführung.

Verkaufsstelle in Wildbad:

Albert Lipps
König-Karlstraße 88.

